

Verstehen - diskutieren - handeln

Plädoyer für einen neuen sächsischen Weg

Gedanken der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien

Was wir verstehen müssen

Die Sächsische Union hat die Bundestagswahl im Freistaat verloren. Der Grund dafür war nicht allein der bundesweite Trend. Vielmehr spielten auch landespolitische Themen eine Rolle dafür, dass die CDU in Sachsen nur noch zweitstärkste Kraft ist und vier Direktmandate verlor. Wir haben zentrale Politikfelder und originäre Zuständigkeiten des Freistaats zu lang vernachlässigt, neue Entwicklungen und Handlungsbedarfe nicht ausreichend erkannt und strategische Fehlentscheidungen nicht korrigiert. Nun gilt es, die Wahlniederlage mit Demut anzunehmen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Monokausale Erklärungen des Wahlergebnisses mit den Themen Zuwanderung, Integration und Asyl greifen zu kurz. So haben zweifelsohne die politischen Entscheidungen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in den zurückliegenden Jahren bei vielen Menschen zu Irritationen, Unverständnis und Ablehnung geführt und wesentlich zum mäßigen Trend für die Union beigetragen. Darauf gilt es zu reagieren und Kurskorrekturen vorzunehmen. Insbesondere das Prinzip der Gegenseitigkeit muss mit Blick auf die Unterstützung von Asylsuchenden in den Vordergrund rücken. Diejenigen, die die Solidarität unserer Bevölkerung durch Integrationsbereitschaft und Dankbarkeit honorieren, wollen wir fördern und ihnen für die Dauer ihres Aufenthaltes eine Perspektive eröffnen. Dies bedingt aber, dass wir jene konsequent sanktionieren, die gegen unsere Gesetze verstoßen und unsere Gepflogenheiten missachten. Niemand muss sich in Deutschland bedingungslos assimilieren, aber Respekt und die Einhaltung allgemeiner Regeln des Zusammenlebens dürfen und müssen wir verlangen. Gleichfalls gilt es deutlich zu machen, dass eine Situation wie 2015 eine humanitäre Ausnahmesituation darstellte und sich nicht wiederholen darf. Dafür gilt es mit nationalen und vor allem europäischen Maßnahmen Sorge zu tragen. Durch eine moderne, steuernde Einwanderungsgesetzgebung ist weiterhin dafür zu sorgen, den Erfordernissen von Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat Rechnung zu tragen.

Allerdings resultierten die negativen Reaktionen auf die Aufnahme von Schutzsuchenden allzu oft aus politischen Versäumnissen, die von der Flüchtlingsthematik selbst unabhängig sind. Wohl aber lenkten die Herausforderungen bei der Registrierung, Unterbringung, Betreuung und Integration von über einer Million von Asylsuchenden ein grelles Schlaglicht auf Defizite in der Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen. Fehlende Polizisten, eine überlastete Justiz, ineffiziente Verwaltungsstrukturen, fehlende Lehrer und bestehende soziale Schieflagen wurden schlagartig sichtbar. Zudem wurden Fragen hinsichtlich der Legitimation und Anspruchsberechtigung in einem nationalstaatlich

organisierten Sozialsystem aufgeworfen, welches auf eine globalisierte Welt trifft. Antworten und passende Konzepte hatte die Union dafür noch nicht anzubieten.

Das stete Betonen zurückliegender Erfolge reicht nicht aus, um die Menschen zu erreichen und immer wieder aufs Neue zu gewinnen. Zweifellos hat die Sächsische Union in 27 Jahren Regierungsverantwortung viel für den Freistaat geleistet. Zu oft haben wir erklärt, was wir erreicht haben, ohne uns zu fragen, was wir für die Zukunft noch erreichen müssen. Deshalb haben uns die Wähler das Vertrauen in großer Zahl entzogen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass unsere Wahlniederlage keine Frage des politischen Koordinatensystems war. Die CDU hat in Sachsen seit jeher ein klares Profil als bürgerliche Partei rechts der Mitte und dieses dezidiert sowohl in der Landes- als auch in der Bundespolitik zum Ausdruck gebracht. Dennoch ist es uns nicht gelungen, die Sachsen zu überzeugen. Die Union muss also nicht konservativer werden, sie muss die richtigen Antworten auf aktuelle Fragen geben und vor allem in der Regierungsverantwortung konkrete Ergebnisse liefern. Dazu bedarf es eines klaren Blicks für die Herausforderungen unserer Zeit und einer realistischen Vision für die Zukunft des Freistaats. Die Aufbau- und Konsolidierungsjahre sind vorbei. Es ist an der Zeit, dass wir den Freistaats Sachsen fit für das 21. Jahrhundert machen. Hierfür gilt es Neues mutig auszuprobieren und Bewährtes zu erhalten.

Grundlage unseres Erfolgs war immer das Wissen um die Tüchtigkeit der Sachsen und die Bindungskraft von Heimat, Patriotismus und Tradition. Auf dieser Grundlage muss ein visionärer Pragmatismus entstehen, der mit einer realitätsnahen Vorstellung von der Zukunft und dem Bewusstsein für die Grenzen des Machbaren dem Populismus entgegenwirkt. Ein handlungsfähiger Staat, der seine Aufgaben erfüllt, ist keine Frage von rechts oder links.

Unser Anspruch kann nicht sein, selbst zur Protestpartei zu werden, um Protestwähler zurück zu gewinnen. Stattdessen müssen wir uns wieder als die bürgerliche politische Kraft etablieren, die Probleme klar benennt und in der Folge löst. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden, konkrete und im Alltag spürbare Veränderungen bewirken und uns schließlich an unseren Ergebnissen messen lassen. Denn wir sind in der Bringschuld, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Aus diesem Grund stellen wir uns wie bisher einer pauschalen Verunglimpfung der Menschen im Freistaat Sachsen entgegen. Wir müssen insbesondere Ansprechpartner und Problemlöser für die Sachsen sein, die sich Sorgen um ihre Lebensbedingungen in der Gegenwart und der Zukunft machen. Wir wollen nicht die Unzufriedenen bekämpfen, sondern die Ursachen für Unzufriedenheit.

Was wir tun müssen

Bevor wir die notwendigen Maßnahmen zur Behebung konkreter Defizite in Angriff nehmen, müssen wir zunächst die Grundlage schaffen. Wir brauchen eine neue Debatten- und Fehlerkultur. Um die bestmöglichen Ergebnisse zu erreichen, müssen wir den Diskurs möglichst breit aufstellen und möglichst viele Ideen betrachten und anhören. Was gedacht und gesagt werden darf, findet seine Grenzen nur im Grundgesetz und nicht in individuellen Moralvorstellungen oder Weltbildern egal welcher Couleur. Dazu bedarf es Toleranz, allerdings ohne Anspruch auf Zustimmung. Will der demokratische Rechtsstaat die Unterstützung seiner Bürger nicht verlieren, muss er auch Äußerungen von Unwillen oder Abneigung zulassen. Entscheidend bleibt, dass diese nicht zur Diskriminierung oder Verletzung von Rechten anderer führen. Kurzum: Nicht jedem muss alles Erlaubte gefallen, so lange er es zulässt und nicht bekämpft.

Zudem muss Aufrichtigkeit wieder einen größeren Stellenwert in der Politik gewinnen. Anstelle wohlfeiler Worte und akademischer Formelkompromisse müssen Dinge beim Namen genannt werden. Dies gilt für Fehlentwicklungen ebenso wie für die Grenzen politischen Handelns. Wirksame demokratische Entscheidungen werden in unserer komplexen und sich immer schneller verändernden Welt nie geeignet sein, alle Betroffenen gleichermaßen zu befriedigen. Umso wichtiger ist es, diesen Umstand immer wieder deutlich zu machen sowie eventuelle Nachteile bestimmter Entscheidungen ebenso offen anzusprechen, wie die ihnen zugrundeliegenden Beweggründe. Vor allem müssen wir den Bürgern wieder sagen können wie Dinge funktionieren, statt ihnen ständig zu erklären, warum etwas nicht geht.

Auf dieser Basis müssen zeitnah Richtungsentscheidungen getroffen und vor allem Fehlentscheidungen der Vergangenheit korrigiert werden. Aus unserer Sicht betrifft dies die folgenden Themen:

Handlungsfähigkeit des Freistaats Sachsen

Die Bürger unseres Landes haben berechnete Erwartungen an den Staat, die dieser zu erfüllen hat, will er seine Akzeptanz nicht verlieren. Dafür bedarf es der Bereitstellung des hierfür erforderlichen Personals. Ein leistungsfähiger öffentlicher Sektor ist kein Selbstzweck, sondern ein unverzichtbarer Beitrag zur Lebensqualität, zum Funktionieren unseres Landes und nicht zuletzt ein nationaler und internationaler Standortfaktor. Die Erfüllung gesetzmäßiger Aufgaben muss daher oberste Priorität staatlichen Handelns auf allen Ebenen haben. Dazu sind eine leistungsfähige Verwaltung und ein personell angemessen ausgestatteter öffentlicher Dienst notwendig. Speziell in den Bereichen frühkindliche Bildung, Schule, Polizei und Justiz wurde allerdings in der Vergangenheit unter dem Mantra der Haushaltskonsolidierung und entgegen sachlicher Notwendigkeiten am Personal gespart. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen gegen den daraus resultierenden Personalmangel entfalten ihre Wirkung naturgemäß nur auf mittlere Sicht.

Daher fordern wir ein generelles Umdenken in der Personalpolitik des Freistaats. Der öffentliche Dienst darf nicht länger Verfügungsmasse der Finanzpolitik sein, sondern muss als strategische Ressource betrachtet werden. Die Personalzahlen müssen sich nach dem tatsächlichen Bedarf richten, anstatt abstrakten Zielgrößen unterworfen zu werden. Insofern muss die Diskussion um das Aufgaben- und Leistungsspektrum des Staates im Einklang mit der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst stehen. Im Ergebnis muss der Investitionsbegriff geweitet und um die gezielte Investition in Personal ergänzt werden, um langfristig handlungsfähig zu bleiben. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass der Freistaat im bundesweiten Vergleich wettbewerbsfähig sein muss und beispielsweise die Verbeamtung der Lehrer nicht länger aufgeschoben werden darf. Handlungsfähigkeit darf allerdings nicht überall einen Automatismus zusätzlicher Personalstellen bedeuten, vielmehr müssen auf allen politischen Ebenen Verwaltungsabläufe, Regulierungen und Standards kritisch hinterfragt werden. Der oftmals artikulierte Vorwurf, der Staat habe sich an den Rande der Handlungsunfähigkeit reguliert, ist leider nicht vollständig von der Hand zu weisen.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung werden die Fachkräftebedarfe der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft zunehmend verstärkt. In diesem Wettbewerb wird die öffentliche Hand nur dann bestehen können, wenn sie die spezifischen Vorzüge einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst gezielt zur Personalgewinnung nutzt und ihre Bemühungen ausbaut. Diese Vorzüge liegen weniger auf dem Gebiet der Besoldung als vielmehr im Bereich der Flexibilität (z. B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Teilzeit, Telearbeit) und der Arbeitsplatzsicherheit.

Leistungsgerechtigkeit

Auf Dauer kann der solidarisch finanzierte Sozialstaat nur Bestand haben, wenn er Anstrengung und Leistungsbereitschaft belohnt. So muss am Ende derjenige bessergestellt sein, der sich selbst hilft anstatt auf Unterstützung zu warten. Dieses Prinzip ist ins Wanken geraten. Es versagt, wenn Menschen nach Jahrzehnten im Arbeitsleben eine Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus erhalten. Es versagt ebenso, wenn Geringverdiener und vor allem Familien mit geringem Erwerbseinkommen finanziell kaum besser dastehen als jene, die Transferleistungen beziehen. Dieser Menschen muss sich die Politik annehmen und etwa mittels einer steuerfinanzierten Lebensleistungsrente oder deutlichen Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen spürbare Verbesserungen bewirken. Als Stimme der sächsischen Arbeitnehmer, muss sich die Sächsische Union für die Anerkennung der Lebensleistung der Menschen in unserem Land stark machen.

Notwendiger Bestandteil einer leistungsgerechten Gesellschaft ist aber auch, dass sich alle ihre Mitglieder entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit solidarisch zeigen müssen. Das gilt einerseits für die Dauer des Erwerbslebens. Ein starres Renteneintrittsalter ist bei stetig steigender Lebenserwartung und Rentenbezugsdauer nicht mehr zeitgemäß. Nicht jeder kann bis 67 oder darüber hinaus arbeiten, allgemein dürfen spätere Renteneintritte jedoch nicht von vornherein verteufelt werden. Vielmehr sollten diese durch flexiblere Arbeitszeiten und kluge Teilzeitmodelle attraktiver werden. Mit der Flexi-Rente auf Bundesebene wurde hierzu bereits der erste Schritt getan. Die einseitige Verengung der Finanzierungsseite des Sozialstaats auf abhängige Erwerbsarbeit führt allerdings zu

einer Ungleichverteilung der Lasten auf die Mittelschicht. Deshalb darf es andererseits nicht tabuisiert sein, diejenigen, die ihren Lebensunterhalt mehrheitlich durch Kapitalerträge erwirtschaften, stärker für die Finanzierung des Gemeinwesens in die Pflicht zu nehmen.

Zur Leistungsgerechtigkeit gehört aber auch die Mitte der Gesellschaft wieder stärker am Erfolg des Landes teilhaben zu lassen. Über viele Jahre hat der Staat durch die kalte Progression seine Einnahmen kontinuierlich erhöht, wodurch vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen belastet wurden. Gleiches gilt für die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge, die vor allem die kleinteilige mittelständische Wirtschaft im Freistaat finanziell und durch zusätzliche Bürokratie in Mitleidenschaft zieht. In Anbetracht der aktuellen Haushaltssituation ist es an der Zeit, dass die Union sich diesen Themen mit Nachdruck annimmt.

Zukunftsfähige Infrastruktur

In Zeiten der Digitalisierung besteht die Infrastruktur der Zukunft nicht allein aus Beton und Stahl. Auch die Datenströme gilt es zu bewältigen und möglichst flächendeckenden Breitbandzugang zu gewährleisten. Damit der ländliche Raum dabei nicht auf der Strecke bleibt, müssen wir die Potentiale mobiler Netze weiter ausbauen und in die Standards von morgen investieren, anstatt dem Standard von heute nachzulaufen. Um dies zu realisieren, muss insbesondere das Thema des Breitbandausbaus zentral auf Landesebene koordiniert werden, damit die Digitalisierung auch von kleinen Kommunen gestemmt werden kann. So kann es auch gelingen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen und das Leben aller Sachsen zu bereichern. Digitalisierung darf und wird menschliche Leistungen und zwischenmenschliches Miteinander nicht ersetzen, vielmehr aber erleichtern. Zugleich müssen wir uns aber auch der Tatsache stellen, dass die Digitalisierung neben ihrem Reichtum an Chancen auch einschneidende Veränderungen in der Arbeitswelt und dem Zusammenleben mit sich bringt. Deshalb muss die Gestaltung des digitalen Wandels, mit all seinen unbestreitbaren Chancen und Unwägbarkeiten, zentraler Bestandteil der Vision für Sachsen sein.

Lebenswerte Ländliche Regionen

Als CDU müssen wir wieder verstärkt in unsere Rolle als Partei für die ländlichen Regionen finden. Auf kommunalpolitischer Ebene sind Mandatsträger der Union stark eingebunden und prägen diese maßgeblich. Aber auch auf Landesebene müssen wir diese Regionen im Fokus behalten. Die Bundestagswahl hat gezeigt, dass die CDU im ländlichen Raum am meisten eingebüßt hat. Über die Jahre ist hier ein Gefühl des Abgehängtseins gewachsen, das aus in der Fläche schwindenden Strukturen resultiert. Um diese Entwicklung zu stoppen und eine möglichst hohe Lebensqualität im gesamten Freistaat zu erreichen, müssen wir Daseinsvorsorge im ländlichen Raum neu denken. Mittels flexibler Angebote, etwa eines mobilen Bürgerservice der Landkreise und großer Flächengemeinden oder rollender Arztpraxen und Bankfilialen, können wir wesentliche Dienstleistungen zu den Menschen bringen, anstatt diesen lange Wege zuzumuten. Zudem müssen die Möglichkeiten des Internets in den Bereichen digitaler Behördengänge, Telemedizin und elektronisch unterstützten Bildungsangeboten stärker genutzt werden.

Um den ländlichen Raum besser zu erschließen müssen wir ferner neue Ansätze im ÖPNV vorantreiben. Durch sinnvoll vertaktete Regional- und Kleinbusnetze mit Anschlussmöglichkeiten an den Schienenpersonennahverkehr und den Fernverkehr kann die Verkehrssituation deutlich verbessert werden. Schließlich muss es uns gelingen, jungen Menschen eine Perspektive auf dem Land zu bieten und ihnen so mehr Wahlfreiheit zu eröffnen. So sollten wir uns dafür einsetzen, Berufsschulen, Berufsakademien und Fachhochschulstandorte in der Fläche zu halten und so attraktive Orte der Aus- und Weiterbildung jenseits der großen Universitätsstädte zu schaffen. Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass einige ländliche Regionen weiter schrumpfen werden. Dort gilt es diesen Prozess aktiv zu begleiten und Lösungen zu finden, die der Lebenssituation der Einwohner vor Ort gerecht werden. Die Kooperation und Lastenverteilung zwischen benachbarten Gemeinden ist hierfür eine mögliche Strategie. Gleichzeitig muss jedoch auch der Rückbau in stark schrumpfenden Regionen als Chance angesehen werden, neue Spielräume auf kommunaler Ebene zu schaffen.

Dienst am Bürger

Zu den Potentialen der Digitalisierung gehören nicht zuletzt eine deutliche Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen und eine bessere Bürgerkommunikation. Darauf aufbauend wollen wir, dass der Freistaat Sachsen neue Maßstäbe bei der Bürgerfreundlichkeit setzt. Umfassende Online-Angebote können Behördengänge überflüssig machen und so den individuellen Aufwand für den Bürger deutlich verringern. Um dabei Ressourcen zu bündeln und ein notwendiges Maß an

Einheitlichkeit zu gewährleisten, streben wir die Entwicklung einer gemeinsamen Plattform von Freistaat und sächsischen Kommunen für Behördendienstleistungen im Internet an. Zudem müssen Verfahren vereinfacht und unverständliche Hürden ausgeräumt werden. Es ist schlicht unzumutbar, wenn Bürger innerhalb einer Verwaltung aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten Akten von einem Amt ins andere bringen müssen. Hier sollte der Freistaat gemeinsam mit den Kommunen die Potentiale für Vereinfachung und mehr Bürgerfreundlichkeit erheben und sich auf einheitliche, schlanke Verfahren aus einem Guss verständigen. Das mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen beschlossene Bürgerportal ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt. Sachsen sollte sich zum Ziel setzen, im Bereich der Vereinfachung und Digitalisierung der Verwaltung eine bundesweite Vorreiterrolle einzunehmen.